



Ein Projektentwickler plant die Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses auf einem unbebauten Grundstück, das von Jugendlichen als Freizeit- und Sportareal genutzt wird. Der Bauherr hat das Grundstück erworben und sich beim zuständigen Berliner Bezirk um Baurecht bemüht. Die Diskussion über das Baurecht zieht sich über Jahre - auch, weil eine von „professionellen Bedenkenträgern“ unterstützte Bürgerinitiative sich dem Projekt in den Weg stellt. Erst nach vielen Jahren erhält der Bauherr die notwendigen Baugenehmigungen, allerdings unter durchaus verschärften Bedingungen. So muss er eine Kita errichten und für den weggefallenen, inoffiziellen Spielplatz Ausgleich schaffen. Dennoch hält die Bürgerinitiative am Ziel fest, das Projekt als solches zu verhindern.

Erst nach dieser Vorgeschichte entscheidet sich der Investor, die Eckel Presse & PR einzuschalten. Durch die rechtzeitige Beauftragung eines Kommunikationsexperten durch den Bauherren hätte von Anfang an ein institutionalisierter, aber dennoch offener und ehrlicher Dialog zwischen Bürgern, Politikern und Investor eingerichtet werden können, der insgesamt zur Vermeidung von Verzögerungen hätte beitragen können. So waren die Fronten verhärtet und auch die Presseberichterstattung erfolgte zumeist aus der Sicht der subjektiv betroffenen Anwohner, da der Investor keine eigene Kommunikationsstrategie verfolgte.

Die Eckel Presse & PR empfahl in ihrer Kommunikationsstrategie für diesen Krisen-Fall den offenen Dialog mit allen Beteiligten. Diese Strategie wurde durch einen Tag der offenen Tür, zu dem neben Politik und Öffentlichkeit auch Medienvertreter eingeladen wurden, untermauert. So konnten sich auch die Kritiker ein Bild der Immobilie machen und zum Teil schon ihre neuen, (sympathischen) Nachbarn kennen lernen. Als Langfrist-Strategie entschied sich die Eckel Presse & PR zu einer kontinuierlichen Pressearbeit, die durch besondere Anlässe wie dem Richtfest und dem Einzug der ersten Bewohner untermauert wurde. Zudem wurde eine enge Kommunikation mit der Politik vereinbart, die gebeten wurde, bei ihren Entscheidungen auch die Interessen des Bauherren zu berücksichtigen. So konnten das Abstimmungsverfahren beschleunigt werden und die Eingriffe in das Bauverfahren reduziert werden. Zuvor hatten die Baubehörden etwa ein Mitspracherecht bei der Bepflanzung des Areals geltend gemacht und sogar einzelne Pflanzensorten vorgegeben. Die enge und stetige Kommunikation mit Politik und Medien erwies sich bei bestimmten kommunikativen Angriffen von Seiten der Bürgerinitiative als besonders wirkungsvoll, da alle Beteiligten einen schnellen Draht zueinander hatten und so die gestreuten Informationen schnell verifiziert werden konnten. Teilweise verdrehte Fakten, die von den Medien hätten aufgenommen werden sollen, konnten so noch vor einer Berichterstattung richtig gestellt werden. So konnte relativ schnell von der Krisen-PR in eine reguläre Pressebetreuung gewechselt werden.